

6. NOV. 1996

0000091

RBM

Berlin, 29. Mai 1995
3000 schw

9
ID: zek
6.22/1/96

V e r m e r k

streng-vertraulich

Betr.: Flughafenplanung

In dem Gespräch mit dem Kollegen Dr. Stolpe am 27.5.1995 sind vor dem Hintergrund unterschiedlicher Ausgangspositionen Einigungsmöglichkeiten in der Frage der Standortentscheidung für einen künftigen internationalen Flughafen Berlin erörtert worden.

Verabredet wurde eine Ausformulierung einer Vereinbarung mit folgendem Kerninhalt:

1. Es soll einer internationaler Flughafen im Raum Sperenberg errichtet werden. Er soll im Jahre 2015 den Betrieb aufnehmen.
2. Der Flughafen Schönefeld wird umgehend weiter durch Ausbaumaßnahmen der Terminals ertüchtigt, so daß die benötigten Flugkapazitäten des Raumes Berlin-Brandenburg bis zum Jahre 2015 bereitgestellt werden können. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Flughafen Tempelhof bei entsprechender Ausbaustufe Schönefeld den Betrieb einstellen kann. Das Land Brandenburg verpflichtet sich, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine solche Ertüchtigung des Flughafens Schönefeld sicherzustellen. Es verpflichtet sich gleichfalls, jede Behinderung eines solchen Ausbaus des Flughafen Schönefeld durch Baumaßnahmen baurechtlich zu verhindern.
3. Der Aufsichtsrat der Berliner Flughafengesellschaft soll den Vorstand beauftragen, konkrete Verhandlungen über eine private Finanzierung eines Flughafens aufzunehmen. Der Aufsichtsrat soll die Erwartung formulieren, daß ein konkreter Vertragsentwurf vorgelegt wird.

Der Flughafen Sperenberg soll auf der Schiene und der Straße angemessen angebunden werden. Dazu gehören die Anbindung an den nationalen und regionalen Schienenverkehr sowie angemessene Straßenanbindungen. Die Straßenanbindungen müssen auch unmittelbar in die Stadt Berlin hineinführen.

Die Finanzierung der Verkehrsanbindung soll durch die entsprechenden Kostenträger übernommen werden. Sollten Dritte zu dieser Verpflichtung innerhalb des Zeitrahmens nicht in der Lage sein, so wird eine Vorfinanzierung durch das Land Brandenburg ausdrücklich mit verabredet.

Die Finanzierung der Verkehrs eines Flughafens Sperenberg bis zum Jahre 2015 darf nicht zulasten des Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs in Berlin entsprechend den Zusagen der Bundesregierung, den notwendigen Lückenschlüssen sowie auch nicht zulasten des notwendigen Regionalverkehrs im Land Brandenburg erfolgen. Es muß damit eine gesonderte und zusätzliche Finanzierung gegeben sein.

4. Die Länder Berlin und Brandenburg verpflichten sich in einer rechtlich verbindlichen Weise - d.h. durch Staatsvertrag - zu den notwendigen Maßnahmen, um die oben genannten Ziele insgesamt zu erreichen. Für das Land Brandenburg ergeben sich insbesondere Verpflichtungen zur Durchführung des Planungsrechtes, Sicherung der planungsrechtlichen Ziele im engeren Verflechtungsrahmen, der Finanzierung sowie der Absicherung der genannten Prioritäten. Die Verpflichtungen müssen auch als eigenständige Verpflichtungen gegenüber der künftigen selbständigen Stadt Berlin gelten.

Das Land Berlin übernimmt die entsprechenden Verpflichtungen für die Anbindung in die Innenstadt.

5. Das Planfeststellungsverfahren für den Standort Sperenberg soll eingeleitet werden, sobald die vorgenannten Bedingungen erfüllt sind (Vereinbarung über private Finanzierung

- 4 -

mit konkreten Trägern, staatsvertragliche Regelungen zwischen den beteiligten Ländern).

Ich bitte um entsprechende Ausformulierung einer Vereinbarung, die am kommenden Freitag Ergebnis der Besprechungen zwischen den Gesellschaftern und dem Aufsichtsratsvorsitzenden sein könnte. Gleichfalls sollte der Entwurf eines Beschlusses für den Aufsichtsrat erarbeitet werden.

Im Anschluß daran würden die entsprechenden Regelungen für einen Staatsvertrag formuliert werden. Hier ist es aus meiner Sicht einzukalkulieren, daß eine solche staatsvertragliche Regelung erst im Laufe der ersten Monate des Jahres 1996 verabschiedet werden kann.

Die Angelegenheit ist streng vertraulich zu behandeln. Abstimmungen erfolgen ausschließlich über die Staatskanzleien.

Über die Rückkoppelung zum Bundesministerium erbitte ich Rücksprache, an der auch der CdS zu beteiligen ist.

Diepgen